

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt mit Erzähler vom Schwarzwald.



Ersteilte
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1,35
monatl. 45 Pf.
Bei allen würt. Postämtern
und Boten im Orts- u. Nachbort-
ortsvorkauf überall M. 1,35,
außerhalb desselben M. 1,35,
hiesu Bestallgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.
Veröffentlichungsblatt
des kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle etc.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg., die Klein-
spaltige Garmondzelle.
Kleinanzeigen 15 Pfg. die
Zeile.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Pronoments
nach Uebereinkunft.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 33.

Dienstag den 10. Februar 1914.

31. Jahrgang.

Deutsches Reich. Zuselfrage und Albanien.

v. Berlin, 8. Februar.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt in ihrer Wochenrundschau: Die von den Großmächten geplanten gleichlautenden Erklärungen über die Zuselfrage und über die Rückmung Albanien solle in den nächsten Tagen in Konstantinopel und in Athen abgegeben werden, nachdem eine Verständigung über den Wortlaut dieser Erklärungen in allen Einzelheiten nunmehr gesichert ist. — Auch die Entscheidung der albanischen Fürstenfrage hat inzwischen Fortschritte gemacht. Oesterreich-Ungarn und Italien sind gewillt, dem Prinzen zu Wien auf die Anteile für Albanien, zu deren Garantierung auch die übrigen Großmächte sich bereit erklärt haben, einen Vorschlag von 10 Millionen zur Bestreitung der dringlichsten Bedürfnisse zu gewähren. Es darf angenommen werden, daß der Prinz zu Wien die Bedingungen, unter denen er die ihm in Albanien zugeordnete Aufgabe übernehmen wird, nunmehr im wesentlichen als erfüllt betrachtet. Dem Vernehmen nach gedenkt der Prinz, am Sonntag Abend nach Rom abzureisen; sodann ist ein Besuch in Wien in Aussicht genommen. In Rom wird der Prinz die unter Führung Esad Paschas stehende albanische Thronabrdnung empfangen. Nach Erledigung dieser Vorbereitungen dürfte der Herrsche des Prinzen nach Albanien nicht mehr entgegenstehen.

Rom, 8. Febr. Die Tribuna, das Giornale d'Italia und andere Blätter begrüßen die Ankunft des Prinzen zu Wien in Rom mit lebhaften Worten der Sympathie. Sie bringen Bilder und Lebensanschauungen des Prinzen und äußern sich über ihn sehr anerkennend.

Die Reichstagswahl in Offenburg-Rehl.

Karlruhe, 7. Febr. Eine Konferenz der Vorstände der sozialdemokratischen Partei im Reichstagskreis Offenburg-Rehl hat laut „Volkswacht“ einstimmig beschlossen, den Kandidaten der nationalliberalen Partei, Stadtrat Kölsch, der wie 1912 auch diesmal die von der sozialdemokratischen Partei verlangten Stichwahlbedingungen anerkannt hat, in der am Samstag den 14. Februar stattfindenden Stichwahl mit allen Kräften zu unterstützen.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Die Reichstagskommission für die Sonntagsruhe beschäftigt sich mit einem Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei, der Städten mit über 100 000 Einwohnern die völlige Sonntagsruhe aufzulegen will. Ein

fortschrittlicher Redner führte in seiner Begründung aus, für diese Städte käme die Landfremde nicht mehr in Betracht. In kleineren Städten sei eine fünfständige Arbeitszeit unzulänglich. Man könne mit drei, allerhöchstens vier Stunden auskommen. Die Landleute gingen niemals gleich in die Geschäfte, sondern sie sorgten zuerst für ihre leiblichen Bedürfnisse. Für Kontore wurde vollständige Sonntagsruhe verlangt. Die Sonntagsarbeit sei dort durchaus unzulässig. Sie werde höchstens noch von allen Prinzipalen verlangt, die lediglich aus Gewohnheit am Sonntag in die Geschäfte gingen. Das Speditionsgeschäft bedürfe selbstverständlich einer Ausnahme. Die Arbeitszeit am Sonntag dürfe nicht geteilt werden. Ein Vertreter der Reichsregierungen hielt eine Abstimmung der Interessierten für irreführend und daher für bedenklich. Ein Zentrumredner erklärte sich für den fortschrittlichen Antrag, wünscht aber für die unter 20 000 Einwohner fünfständige Arbeitszeit, die in zwei Teile zerlegt werden könnte. Allgemeine Sonntagsruhe lasse sich nicht einführen, weil sonst die Hausfrau und die Reisenden der Verandgeschäfte das Land noch mehr überfluteten würden, als heute. Ein Sozialdemokrat ist für völlige Sonntagsruhe, ausgenommen für die Bediensteten und für einen Sonntag vor Weihnachten. Den Arbeitern auf dem Lande müsse man in der Woche hinreichend Zeit geben, damit sie Einkäufe an Sonntagen nicht mehr zu machen brauchten. Gegenüber dem Regierungsentwurf bei der Zentrumsantrag immerhin eine Verbesserung. Nach dem vorkparteilichen Antrag würden die Handlungsgehilfen nur in 41 Städten vollständige Sonntagsruhe haben. Ein nationalliberaler Mitglied bemerkt, das Ideal sei ja die allgemeine Sonntagsruhe, aber sie sei ohne schwere Schädigung des Mittelstandes nicht zu erreichen. Die Erweiterung der Städte ersichtl. zweckmäßig. Wo die Grenze für vollständige Sonntagsruhe einziehen soll, müsse Gegenstand weiterer Erwägungen sein. Der Redner befürwortet die Einführung einer einheitlichen Gesetzgebung.

Mannheim, 7. Febr. Der Mannheimer Hoftheaterintendant Bernau ist mit etwa 300 000 M. Verschuldungen in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Schuldenlast ist entstanden durch die Pachtung des Deutschen Theaters in Köln. Der Intendant hat diese Schuldenlast von rund etwa 300 000 M. in der Meinung, sie tilgen zu können, richtigerweise persönlich übernommen mit Rücksicht auf seine Ansprüche an das Metropolitantheater und auf sein Gehalt. Nun haben einige Gläubiger aber zu drängen angefangen, und es hat sich deshalb die Durchführung dieser Absicht als unmöglich erwiesen, weshalb ein Arrangement versucht werden soll. Ob die Durchführung eines solchen gelingen wird, darüber läßt sich bis jetzt noch nichts sagen, da die notwendigen Zustimmungen noch nicht vorliegen.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 7. Februar 1914.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.
Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung nach 12 1/2 Uhr.

Die Spezialberatung des Etats für das Reichsamt des Innern wird im Ordinarium der Ausgaben beim **Ausführung des Kaligesezes** fortgesetzt. Verbunden werden hiermit in der Diskussion die bezüglichen Einnahmehemittel aus dem Absch. von Kalifolgen; die Einnahme an Abgaben ist mit 6 291 000 Mark eingestellt. An Kosten, die dem Reich aus der Ausführung des Gesetzes über den Absch. von Kalifolgen erwachsen, stehen im Ordinarium 500 000 Mark. Für praktische Zwecke sowie wissenschaftliche Arbeiten und Veranstaltungen zur Hebung des Kalialages sind ausgeworfen: im Inlande 1 800 000 Mark, in den deutschen Schutzgebieten zur Förderung von tropischen und subtropischen Kulturen 300 000 Mark, und im Auslande 3 241 000 Mark. Die Budgetkommission hat den Antrag für praktische Zwecke im Inlande von 1,8 Millionen auf 2 Millionen erhöht. Ferner hat die Kommission den Propagandafonds für das Ausland um 90 000 Mark auf 4 141 000 Mark erhöht.

Als neuen Titel hat die Kommission 500 000 Mark zur Überweisung an das Kalihandikat für Ausstellungs- und Propagandazwecke in San Francisco in den Etatsentwurf eingestellt, die Überweisung an den Referendatsfonds, die im Ordinarium mit 250 000 Mark figuriert, gestrichen, dem Dispositiv die Bemerkung hinzugefügt, daß der Referendatsfonds von Reich zu verzinzen ist, und die Zinsen aus dem Referendatsfonds unter den Einnahmen mit 1 400 000 Mark eingestellt.

Ein Antrag der Abg. v. Gracie (Deutschlon.), Erzberger (Zentr.) und Varnhagen (Nat.) geht dahin, den neuen Ansgabetitel von 500 000 Mark für San Francisco zu streichen und dafür den Auslandspropagandafonds auf 4 641 000 Mark zu erhöhen.

Referent Abg. v. Gracie-Güstrow führte aus, daß man sich mit Rücksicht auf die in Aussicht gestellte Novelle zum Kaligesez in der Kommission bei der generellen Aussprache eine gewisse Beschränkung auferlegt habe. Das Kalihandikat habe um die Einstellung von 4 Millionen Mark in den Etat für die Auslandspropaganda und um Rückvergütung ihrer Mehrausgaben gebeten. Die Kommission habe daher die im Etat für Auslandspropaganda vorgesehene Summe dementsprechend erhöht. In einer direkten Rückvergütung habe man sich allerdings nicht entschließen können, weil sich das Kalihandikat nicht in den Grenzen des Etats gehalten habe.

Abg. Sacke (Soz.): Der Regierungsvertreter hat in der Kommission selbst erklärt, daß ein Fünftel der vorhandenen

Ein weißer Mann hütet seine Boffe,
Daß nicht daraus ihm Weisheit proffe,
Und seine Weisheit hütet er in Tor,
Sie wird zur Poff in seinem Ohr.
A. d. d. d.

Durch eigene Kraft.

Von Otto Elster.

Früh am Morgen fing das Trinken an, sodas Hammer nach dem Mittagessen betrunken auf sein Sofa sank. Gewachte er dann aus seinem totenähnlichen Schlummer, dann hatte er neue Anregung, wie er es nannte, nötig, und der Tag endete, wie er begonnen hatte. In den Stunden, wo er noch Herr seiner Sinne war, wetteerte er auf dem Wirtschaftshofe und in den Ställen umher, schimpfte mit dem Inspektor und den Knechten und quälte Trude durch seine Festigkeit und seine sonderbaren Launen. Nichts konnte ihm recht gemacht werden; die geringste Kleinigkeit verlegte ihn in Wut. Er nannte dieses fortwährende Poltern und Janken eine „energische Geschäftsführung“ und seine Tyrannei im Hause eine „zielbewußte Herrschaft“. Er ahnte aber nicht, daß seine Angestellten sich für seine Tyrannei und sein fortwährendes Schimpfen auf andere Weise schadloß hielten.

Seine ungeliebte Leidenschaft und seine Festigkeit hatten ihn allen seinen früheren Bekannten und Freunden entfremdet. Früher waren große Jagden und Gesellschaften auf Hammerbau abgehalten worden, auf denen es stets hoch berging. Aber in seiner Trunkenheit verlegte und beleidigte Hammer seine Gäste; einer nach dem andern blieb fort und seit einigen Jahren kamen nur noch einige gleichgültige Kampfansager, die ihren Vorteil aus den Sonderbarkeiten Hammers zu ziehen wußten.

Samenvereine sah Hammerbau nie mehr, und so lebte Trude ein einsames Leben, da sie sich scherte, ihre früheren Bekannten aufzusuchen.

Der Einzige, der Einfluß auf Hammer hatte, war Martini. Aber Trude konnte kein Vertrauen zu einem Manne lassen, der ihren Vater in seiner ungeliebten Leidenschaft bekehrte, und der seine eigene Tochter in einer Weise behandelt hatte, daß sie es vorzog, das väterliche Haus zu verlassen, um bei fremden Leuten eine dienende Stellung einzunehmen.

Da kam Franz Martini, der Jugendgenosse und bot sich ihr als Hilfsbereiter und miträuhender Freund an. Franz hatte in gewisser Weise die Schlaubeit seines Vaters geerbt; er verband seine brutale Natur unter einer sentimentalen Außenseite, er fand sehr bald den Punkt heraus, von dem aus er das Vertrauen des einsamen Mädchens erwerben konnte — die Liebe zu ihrem Bruder — und er gab sich den Anschein, daß er selbst Herdert bebauere und alles tun wolle, um ihm zu helfen.

Trude ging vertrauensvoll auf seinen Vorschlag ein, der Vermittler des Verkehrs zwischen ihr und Herdert zu sein.

Das Abendessen nahm seinen gewöhnlichen häuslichen Verlauf. Trude entfernte sich bald. Sie begab sich auf ihr Zimmer, wo sie das Tosen der trunkenen Männer nicht hörte und setzte sich an ihren Schreibtisch, um einen Brief an Herdert zu schreiben. Sie hatte mehrere Wochen nichts von ihm gehört. Ob er ihr geschrieben, wußte sie nicht, denn ihr Vater überwachte jetzt so streng ihre Korrespondenz, daß es ihr nicht möglich gewesen war, mit Herdert in Verbindung zu bleiben. Ihr Vater würde sicherlich auch einen Brief Herderts an sie unterschlagen haben.

Als sie auf ihrem einsamen, stillen Zimmer saß, das ihr Vater ihr in einer seiner großspürigen Launen glänzend eingerichtet hatte, überkam sie mit ganzer Wucht das Gdend ihres Lebens. Sie vermochte sich nicht mehr zurückzuhalten und sie schüttete in einem langen Briefe ihr Herz dem Bruder aus.

Wenn sie doch nur die Kraft gefunden hätte, ihrer Freundin Else nachzugehen, das väterliche Haus zu verlassen und ihren Lebensunterhalt in dienender Stellung zu suchen! Aber sie war eine viel zu weiche Natur, als daß sie sich zu einem solchen Entschlusse hätte aufraffen können. Außerdem wußte sie, daß dann ihr Vater vollkommen zu Grunde gehen müßte. Die einzige Stütze, die ihm geblieben, war sie; in leichten Momenten, oder wenn er sich in lagenjämmerlicher Stimmung befand, erkannte er dieses auch an und überschüttete Trude förmlich mit Zärtlichkeit und väterlicher Liebe — das heißt, er lauschte ihr die kostbarsten Sachen, schenkte ihr größere Summen Geld und schickte sie an, ihn nicht zu verlassen.

So brachte sie es nicht über das Herz, den ungeliebten Mann allein zu lassen. Gegen Mitternacht hörte Trude den Ruf aus dem Hofe. Sie bemerkte, daß der Wagen Martini's vorzufahren war. Rasch steckte sie den Brief an Herdert zu sich und eilte

hinunter. In der Eintrittshalle, die durch das elektrische Licht hell erleuchtet war, bot sich ihr ein häßlicher Anblick. Ihr Vater hing vollständig betrunken in den Armen von Franz Martini, dessen gerötetes Gesicht ebenfalls Spuren von Trunkenheit zeigte, während der alte Martini, noch ziemlich nüchtern, mit hämlichem Lächeln die beiden beobachtete und der Diener lachend an der Türe stand.

Trude's Vater umarmte Franz mit trunkener Freundschaft und lächelte ihn.

„Bist ein jamozer Kerl,“ lachte er. „Sollst mein Sohn werden, so wahr ich Hammer heiße. Da ist Trude — komm her, Mädchen! Umarme Franz — küsse ihn.“

Trude wich erschrocken zurück.

„Fürchtest du dich?“ schrie der Trunkene. „Ich befehle dir — ich bin der Herr hier im Hause! Willst du ihn wohl gleich umarmen?“

„Vater, ich bitte dich — komm zu dir.“

Trude.

Der Anblick des erschrockenen Mädchens hatte Franz die Besinnung zurückgegeben. Er machte sich von Hammer frei.

„Lassen Sie nur, Herr Hammer,“ sagte er. „Ich bin Ihnen dankbar für Ihre Freundschaft, aber Sie dürfen Ihre Tochter nicht quälen.“

„Du ich auch nicht. Aber einen Kuß soll sie dir geben.“

Jetzt intervenierte Martini, indem er seinen trunkenen Freund unter den Arm faßte und ihn fortführte.

„Mach keine Dummheiten, Hammer,“ flüsterte er ihm zu. „oder du gerstst unsere ganzen Plan. Ueberlaß Trude nur meinem Sohn, die jungen Leute werden schon miteinander fertig werden.“

„Haha! Das recht! Jung gehört zu jung! Morgen feiern wir Hochzeit.“

„Ja, ja — aber jetzt komm nur.“

Damit führte er den Trunkenen auf den Hof, unterstützte durch den Diener, der seinen Herrn unter den andern Arm gefaßt hatte.

Trude stand schredensbleich da, als sich Franz ihr näherte.

„Achten Sie nicht auf die Worte Ihres Vaters,“ sagte er höflich. „Er hat sich ein bißchen zu viel zugemutet, morgen wird er nicht mehr wissen, was er gesprochen hat. Geben Sie den Brief.“

(Fortsetzung folgt.)



werte ausreichte, um den gesamten Kalibedarf zu decken. Ähnliches wurde auch in der Generalüberprüfung des Kalibedarfs erklärt. Es findet also direkt eine Kräfteverwendung statt. Jetzt sind in einzelnen deutschen Kleinstaaten weitere Kalifonds gemacht worden. Aber auch im Ausland soll jetzt Kalifonds gefunden worden sein. Es kann also womöglich noch ausländische Konkurrenz in Frage kommen, wodurch die Überproduktion noch größer wird. Wir sind für die Beibehaltung der sogenannten Kalibgaben. Wir werden, wenn eine Kalifondsnovelle kommt, den Antrag stellen, daß arbeitslos gewordene Arbeiter und Beamte nicht nur für den entgangenen Lohn entschädigt werden, sondern auch die Umzugskosten ersetzt bekommen. Es sind auch Umgehungen des Gesetzes vorgekommen. Es sind Scheinverträge abgeschlossen, in Anhalt, um die Wartezeit zu umgehen. Der Herzog von Gotha hat diese Abmachungen mitgemacht. Auch andere Bundesstaaten sollen an solchen Machinationen, diesen Umgehungen beteiligt sein. Ich habe schon in der Kommission diese Machinationen der Bundesstaaten für Betrug erklärt. (Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner wegen dieser Anmerkung zur Ordnung.) Der Staatssekretär sagte im vorigen Jahre, die Verreichlichung des Kalis würde eine Viertelmilliarde kosten. Seitdem sind aber die Kurse des Kalipapiers ganz gewaltig gefallen. Das Reich hat also alle Veranlassung, rasch zuzugreifen. Die deutschen Salinwerke sitzen in einer Vertition um Süng vor der räumlichen Konkurrenz der Kaliwerke und um Vesteuerung des Überkontingents der Kaliwerke. Die Salinwerke müssen Arbeiter entlassen. Auch zum Schutze dieser alten Salinwerke wäre eine Verreichlichung an Blage. Freilich müßte dann auch ein Reichsberggesetz geschaffen werden, das auch einen genügenden Arbeiterschutz vorsieht. Die erhöhten Kalibgaben müßten auch zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter verwendet werden. Nur an der Quote nicht geschädigt zu werden, haben manche Bergverwaltungen die Arbeiter gezwungen, ihnen ungünstige Tarifverträge zu unterschreiben. Auch die 8 1/2-stündige Arbeitszeit wird wieder geschädigt auf 9 und 9 1/2 Stunden ausgedehnt.

Unterstaatssekretär Richter: Der Vorredner hat geglaubt, einer Bundesregierung den Vorwurf einer betrügerischen Handlungsmethode machen zu dürfen. Formell ist diese Sache durch den Ordnungsruf des Präsidenten erledigt; sachlich habe ich aber auch den Hintergrund dieser schweren Beschuldigung darzulegen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die anhaltische Regierung, als sie diesen Vertrag mit der Schatzkammerverwaltung des Herzogs von Sachsen-Coburg-Gotha abschloß, sich dabei in gutem Glauben befand. Wir können übrigens den Herrn Herzog aus dem Spiele lassen; es versteht sich von selbst, daß er von diesen Geschäften der Schatzkammerverwaltung keine Ahnung hat. Ich möchte hierbei konstatieren, daß auch andere Regierungen geglaubt haben, auf Grund des § 12 des Kalifondsgesetzes derartige Verträge abzuschließen zu können. Ich hoffe, daß die Novelle in der nächsten Zeit wird vorgelegt werden können. Es ist dann auch die Verstaatlichung gefordert worden. Ich kann nicht zugeben, daß gerade jetzt der geeignete Moment der Verstaatlichung wäre. Gerade die Verstaatlichung dürfte jetzt viel schwieriger sein, als es vor einiger Zeit war. Die Haupt-schwierigkeit liegt ja in der Auslandsproduktion. Hier könnte das Reich dann große Gefahr laufen. Jeder Staat möchte auch, daß die Schichtzeiten geregelt werden. Ich möchte darauf erwidern, daß die Schichtzeit im Bergbau in Preußen nicht einheitlich geregelt ist. Wegen der vollständigen verschiedenen Verhältnisse in den verschiedenen Bergbaubezirken Preußens hat man mit gutem Rechte davon abgesehen. Man hat nur die Einfuhr- und Ausfuhrzeit geregelt. In Ostpreußen sollen die Propagandagelder nicht richtig verwendet worden sein. Ich habe mich infolgedessen veranlaßt gesehen, eine Reise nach Ostpreußen zu unternehmen. Ich kann versichern, daß ich geradezu überrocht war, von der ausgezeichneten Art, wie die Gelder verwandt sind, und von den glänzenden Erfolgen, die dort erzielt sind. Wir haben uns seinerzeit entschieden geweigert, dem Fiskusereibereim Mittel aus dem Kalifonds zur Verfügung zu stellen, ehe nicht in gehöriger Weise aus Verträgen erwiesen ist, wie das Kalifond hier nützen kann. Wir haben selbst Verträge bei Oranienburg und bei Wittenberg angeschlossen. Ich glaube, daß dieses Geld nützlich angelegt war. Man muß Geduld haben und noch einige Jahre abwarten. Es ist dann bemängelt worden, daß bei verschiedenen Übertragungen Arbeiter nicht entschädigt worden sind. Die betreffende Klage müßte beim Gewerbeamt erhoben werden. Es ist dann behauptet worden, daß Arbeiter gezwungen worden sind, Tarifverträge zu ihren Ungunsten abzuschließen. Demgegenüber möchte ich darauf hinweisen, daß die Verteilungsstelle die betreffenden Verträge den Arbeiterratschlägen vorher vorgelegt hat, und dagegen Einwendungen nicht erhoben worden sind.

Abg. Krieg (Hr.): In der Hauptsache hat sich das Kalifond wohl bewährt. Leider hat es eine ungeheure Verfallsvermehrung nicht verhindern können. Eine Novelle zum Kalifondgesetz ist eben für die nächste Zeit angekündigt worden; es erübrigt sich, darauf einzugehen. Es ist anzunehmen, daß der Kaliverbrauch im Inlande sich verdoppeln, ja verdreifachen wird. Der intensive Betrieb der deutschen Landwirtschaft wird sich mit den Jahren immer mehr steigern. Es ist möglich, daß wir zu einem Verbrauch von 5000 Kilogramm auf 1 Quadratkilometer der Anbaufläche kommen.

Abg. Bärwinkel (Natl.): Dem neuen Titel, den die Kommission geschaffen hat, um 500 000 Mark für San Francisco zur Verfügung zu stellen, beantragen wir wieder zu streichen und diese Summe dahin zu dirigieren, wohin sie eigentlich gehört, in die Auslandspropaganda. Die Verträge für diese haben wir in der Kommission ebenfalls ganz beträchtlich erhöht, weil wir meinen, daß jetzt eine stärkere Propaganda einsetzen muß, daß der Absatz im Ausland ganz bedeutend gesteigert werden muß. Die neue Novelle will das unnütze Entschieden von Schächten einschränken. Das bedeutet für die jetzigen eine Art Monopol. Es ist fraglich, ob man darauf ein neues Gesetz aufbauen kann. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Gotheim (Fortfchr. Spt.): Die Verteidigung der anhaltischen Regierung ist dem Unterstaatssekretär wohl nicht so ganz von Herzen gekommen. Ein Bundesstaat darf doch nicht etwaige Unflarheiten des Gesetzes benutzen, um daraus Umgehungen herzuheben. Ich halte es für zu weitgehend, wenn für das Studium der Flußreinigung allein der Kalifonds in Betracht kommen sollte. Die Frage ist aber so dringend, daß man, falls wirklich keine anderen Mittel zur Verfügung stehen, die Sache durchgehen lassen kann.

Abg. v. Brockhausen (Deutschkons.): Wir sind damit einverstanden, daß die 500 000 Mark für San Francisco gestrichen und der Summe für die Auslandspropaganda zugelegt werden. Wir sind auch einverstanden mit der Erhöhung des Auslandspropagandafonds.

Abg. Stöbe (Natl.): Das Kalifondgesetz benachteiligt den Handel. Das Kalifondgesetz führt das geringe Anwachsen des Auslandsaufsatzes darauf zurück, daß nicht rechtzeitig genügend Mittel hierfür bereit gestellt worden sind. Welche Abnahmlichkeiten hier noch vorhanden sind, zeigt der Umstand, daß das kleine Holland im Jahre 1912, 400 000 Doppelzentner, das Riesentreich Rußland dagegen nur 250 000 Doppelzentner gebraucht hat. Das Kalifondgesetz hat jetzt anscheinend große Summen für diese Propaganda zur Ver-

tugung. Man sollte es deshalb nicht hindern, diese dazu zu benutzen.

Abg. Erzberger (Hr.): Ich habe mich zum Worte gemeldet, um der Auffassung zu widersprechen, daß Paragraph 27 des Gesetzes es unmöglich mache, einen Reservefonds zu bilden und Gelder zur Lösung der Frage der Endlaugungsfrage zu entnehmen. Der Reichstag hat das Recht, über die Art der Verwendung der Kaligelder ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Ein Ausgleichs- und Reservefonds war absolet notwendig. Die Lösung der Endlaugungsfrage kann sehr wesentlich im Interesse der Kalialindustrie liegen. Vielleicht könnte die Endlaugung für Düngermittel benutzt werden. Das muß jedenfalls geprüft werden, schon im Interesse der Hebung des Kalibergbaues, namentlich der minder leistungsfähigen Werke.

Abg. Haegh (Hr.): Ich bitte, bei der in Aussicht stehenden Novelle den Weinbau zu berücksichtigen. Für die Zurückdrängung des Eisens ist in erster Linie das Gesetz verantwortlich, das den Zweck verfolgt, die eisenhaltige Produktion nicht allzu stark sich entwickeln zu lassen.

Abg. v. Brockhausen (Natl.): Ich muß der Ansicht ganz entschieden widersprechen, daß die Händler bei dem Kalifond irgend eine Benachteiligung erfahren.

Unterstaatssekretär Richter: Wir haben die Absicht, bei der Vorlegung der Novelle auch gleichzeitig all das Material vorzulegen, aus dem heraus wir zu der Ausarbeitung dieser Novelle gekommen sind. Die Anhaltischen über die Propaganda haben hier im Reichstage gesündigt. Ich erkläre aber, daß die Ansicht des Reichsamtes nicht gesündigt hat. Wir haben von vornherein den Vorschlag gemacht, die Gelder dem Syndikat zuzuwenden. Ich würde deshalb nichts dagegen haben, wenn wir dem Syndikat wieder die Gelder überweisen. Wir müssen uns dann aber gleichzeitig ein Kontrollrecht vorbehalten und vorschreiben können, wieviel für das Ausland und für das Inland verwandt werden soll. Die Fragen über die Probeentnahme werden noch einmal genau geprüft werden. Ich kann aber schon jetzt erklären, daß bei der Entnahme von Proben vereidigte Beamte immer zugelassen werden müssen. Überall, wo eine Rückzahlung der Überkontingentsgelder verlangt ist, wird die Sache genau nachgeprüft werden. Das geschieht auch den amerikanischen Gesellschaften gegenüber. Wir prüfen die Angelegenheit ex officio, und das ist völlig ausreichend und genügend. (Beifall.)

Damit schloß die Diskussion. Die Abstimmung wurde auf Montag verschoben. Nächste Sitzung Montag 2 Uhr: Fortsetzung der Staatsberatung.

Schluß 5 1/4 Uhr.

Ausland.

Die sozialdemokratische Gegenaktion.

d. Stockholm, 8. Febr.

Als Gegengewicht gegen die Dauerndemonstration veranstaltete die sozialdemokratische Partei heute eine Straßenkundgebung, um der Regierung ihre Wünsche zu überbringen. An dem Zuge nahmen etwa 30 000 Personen teil. Abg. Branting verlas eine an die Regierung gerichtete Adresse, die sich gegen Reformforderungen für Militär- und Marinezwecke und die Verlängerung der Dienstzeit richtete und sich für eine Verminderung der militärischen Lasten aussprach. Schließlich wird darin zur Arbeit im Frieden und zur Brüderlichkeit aufgerufen. Der Ministerpräsident erwiderte, er schließe sich der Aufforderung zum Frieden und zur Brüderlichkeit aller Völker warm an, müsse aber nachdrücklich hervorheben, daß das schwedische Volk noch fortwährend sehr bedeutende Lasten für die Landesverteidigung auf sich nehmen müsse. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn die Regierung ihre Vorschläge zur Verbesserung des Landesverteidigungswesens durchgebracht habe, man auch an soziale Reformen herangehen könne. Die persönlichen Opfer seien nicht zu vermeiden. Die Frage betreffend die Verlängerung der Dienstzeit der Infanterie müsse dem Volk gelegentlich der Wahlen vorgelegt werden. Die Regierung werde von dieser Forderung niemals abweichen.

Paris, 8. Febr. Heute Nacht starb hier der ehemalige Unterstaatssekretär der schönen Künste Turauet im Alter von 78 Jahren. Turauet hat in der boulangistischen Bewegung eine hervorragende Rolle gespielt, und war mit dem jüngst verstorbenen Debonde einer der Gründer der Patriotenliga.

Mexiko, 7. Dez. Die geheime Polizei hat eine Anzahl von Geschäftsleuten und Angeestellten verhaftet, die in eine Verschwörung gegen die Regierung verwickelt gewesen sein sollen. Die Polizei erklärt, in den Taschen der Verhafteten belastende Schriftstücke gefunden zu haben. Der frühere Unterrichtsminister Chancel, der am 3. ds. Mts. verhaftet worden war, ist wieder freigelassen worden.

Peking, 8. Febr. Durch einen Erlass des Präsidenten wird angeordnet, daß die Himmelsopfer zu Ehren des Confucius beibehalten werden, wobei der Präsident als Vertreter des Volkes die üblichen Zeremonien in der Hauptstadt vollziehen wird. In dem Erlass wird ausdrücklich erklärt, daß damit keineswegs eine Staatsreligion eingeführt werde. Die volle religiöse Freiheit wird bestätigt.

Württemberg.

Württembergischer Landtag.

Zweite Kammer.

Stuttgart, 7. Febr.

Präsident v. Kraut eröffnet die Sitzung um 7 1/2 Uhr. Am Regierungstisch: Minister des Innern v. Fleischerbauer. Im Einlauf befindet sich die bereits bekannte Anfrage des Abg. Eisele (B.) betreffend die Regelung des unbefugten Waffentragens und des Handels mit Waffen. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Besprechung betreffend die

Arbeitslosenfürsorge.

Abg. Mattarat (Z.) begründet seinen Antrag, nach den gestrigen Erklärungen des Ministers ist auf dem Arbeitsmarkt alles in besserer Ordnung, ein besonderer Notstand nicht vorhanden. Diese Weisheit des Ministers stellt für die notleidende Arbeiterschaft einen schlechten Trost dar. Ein allgemeiner Notstand ist von und nicht behauptet worden, sondern lediglich festgestellt worden, daß auf dem wirtschaftlichen Arbeitsmarkt die Verhältnisse gegenwärtig äußerst ungünstig sind. Was für den Weingärtner notwendig ist, ist für den Arbeitslosen doppelt notwendig. Beweiskraft haben die Ausführungen des Ministers nicht, es sei denn die, daß man mit Zahlen alles beweisen kann. Die Antworten der Handelskammern sind für uns nicht maßgebend; der Minister hätte sich auch an die Arbeiterkammern wenden sollen, wo er andere Antworten erhalten hätte. Die Regierung sollte einmal unter der Arbeitslosigkeit selbst

leiden müssen, dann würde sie ihre Ansicht sehr bald ändern. Die Zahlen lassen erkennen, daß die Steigerung der Arbeitslosigkeit ganz erheblich über den Reichsdurchschnitt hinausgeht. Aus der guten Frequenz der Dreifachenkasse hat der Minister den Schluß ziehen wollen, daß die Arbeitslosigkeit nicht so groß ist, hat aber übersehen, daß diese Zahlen der Krankenkassen sich für diesen Zweck gar nicht verwenden lassen. Ich frage den Minister: wie groß muß denn die Zahl der Arbeitslosen sein, um die Regierung zu veranlassen, eine Arbeitslosigkeit anzuerkennen? So gesundlich, wie der Minister die Wanderarbeitsstätten, die ja nur ein Notbehelf sind, hinstellt, sind diese Einrichtungen nicht. Die Regierung sieht all diesen Fragen verhandlungslos gegenüber. Von einer besonderen sozialen Einrichtung ist bei den Unternehmern nicht gerade die Rede. Sie wollen eben, als praktische Leute, ihre Arbeiter nicht verlieren. Den Tausenden von Arbeitswilligen muß geholfen werden. Auch weite Kreise der Handwerker und des Kleinergewerbes werden von der Not der Arbeiter getroffen, das halte ich trotz der gegenteiligen Ausführungen des Ministers aufrecht. Wir gehen davon aus, daß die Arbeitslosigkeit keine vorübergehende Erscheinung ist. Wir brauchen daher eine Arbeitslosenversicherung auf reichsgesetzlicher Grundlage. Die Mechanisierung des Arbeitsprozesses, die fortschreitende Frauenarbeit, die Tendenz der Ausschleudung von Arbeitskräften sind Folgen des deutschen Wirtschaftssystems. Die obligatorische reichsrechtliche Durchführung der Versicherung ist bewiesen. Ich glaube, daß die entgegenstehenden Schwierigkeiten die Regierung vor Einführung der Versicherung nicht abschrecken können, daß vielmehr der schmerzliche Einfluß der Großindustrien, die ja eine Arbeitslosenversicherung nicht wollen, die Regierung veranlaßt, nichts von der Einführung dieser Versicherung wissen zu wollen. Die Regierung hat aber allen Anlaß, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Von den 800 000 in Deutschland beschäftigten ausländischen Arbeitern ist ein großer Teil auch in Württemberg beschäftigt. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus darf ein Bedürfnis nach ausländischen Arbeitern nicht befriedigt werden. Was der Landwirtschaft, bei deren Unterstützung wir mitgeholfen haben, recht ist, das ist dem Arbeiter billig. Die Existenz des Arbeiters muß nach jeder Richtung hin als die unsicherste bezeichnet werden. Dazu kommt, daß die Forderungen des Arbeiters sich in bestimmten Grenzen bewegen. Die bayerische Regierung steht der Arbeitslosenfürsorge viel sympathischer gegenüber; das beweist, daß sie 175 000 M. in den Etat eingestellt hat. Den Antrag Andre unterstützen wir; es ist zweckmäßig, nicht erst in eine Ausschussberatung einzutreten. In Deutschland haben wir 18 Gemeinden, die die Arbeitslosenversicherung eingeführt haben, davon entfallen 4 auf Württemberg, die eine Unterstützung erhalten müssen. Die freien Gewerkschaften haben für die Arbeitslosigkeit vom Jahre 1898—1912 68 Millionen Mark, im Jahre 1912 allein über 8 Millionen M. ausgegeben. Das zeigt von sozialem Verständnis der Gewerkschaften. Hinzu kommt der Einwand, die Einführung der Arbeitslosenversicherung führe zu einem Organisationszwang; wir verlangen im Gegenteil die Versicherung auch für die Nichtorganisierten. Die Regierung hat Angst vor dem Genter System. Darauf sind wir nicht veressen. Wir wollen vor allem eine Lösung dieser Frage, auf welche Weise dies auch sei. Staat und Gesellschaft sind es dem Arbeiter schuldig, hier vorzugehen im Interesse der Volksgesundheit, des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Fortentwicklung unseres Landes.

Abg. Andre (Hr.): Ich behaupte, daß die Regierung so wenig Aufklärung verbreitet hat, daß sie sich mit der Frage der Schaffung von Arbeitsgelegenheit befaßt. Die jetzige Arbeitslosigkeit steht der von 1908 in nichts nach. Wir haben es zurzeit mit anormalen Zuständen zu tun. Gerade die Hauptindustrien sind durch die wirtschaftliche Krise in außerordentliche Mitleidenschaft gezogen. Die vom Minister eingezogenen Erkundigungen bei den Handwerks- und den Handelskammern, deren Berichte so merkwürdig übereinstimmen, sind zu einer Zeit eingelaufen worden, wo eben die Krise noch nicht so schlimm war. Es ist bezeichnend, daß gerade die Handwerkskammern, die Vertreter des Handwerks, den Beschäftigungsgrad des Kleinergewerbes als normal bezeichnet haben. Wir erblicken in diesen Erkundigungen eine große Einseitigkeit der Regierung. Welches System in der Arbeitslosenversicherung das richtigere ist, vermögen wir nicht zu sagen, aber das können wir von der Regierung verlangen, daß sie die Systeme prüft und Stellung dazu nimmt. Eine landesgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung ist nicht zweckmäßig. Es darf nicht die Frage geprüft werden, zu welcher Organisation der Arbeiter gehört, sondern die, ob er unterstützungsbedürftig ist. Die Einschränkung der Arbeitszeit und die Verkürzung der Löhne wirken auch auf den gewerblichen Mittelstand ein. Beide Stände gehen Hand in Hand. Das Handwerk wünscht bessere Berücksichtigung bei staatlichen Arbeitsleistungen. Die Neuanforderungen zu Zwecken der Heeresvermehrung sollten auch durch das württembergische Handwerk erfolgen. Hat die Regierung den nötigen Anteil an den Zuschüssen vorgezogen? Der Minister möge sich zu diesem Zweck mit dem Kriegsminister ins Benehmen setzen. Wir werden einen Antrag einbringen, wonach in einem Nachtragsetat die nötigen staatlichen Mittel zur Unterstützung des Handwerks verlangt werden. — Es entwickelte sich nunmehr eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Zulassung dieses Antrags, der auch die Frage des Submissionswesens in die Debatte hereinzieht, die zurzeit im volkswirtschaftlichen Ausschuss behandelt wird. Es wird sodann der Zentralantrag zur Beratung zugelassen, wonach die Regierung ersucht wird, zur Verbesserung der gegenwärtigen ungünstigen Lage des Mittelstandes in Handwerk, Gewerbe und Handel dafür zu sorgen, daß 1. die von Staat und Körperschaften zu vergebenden Lieferungen und Arbeiten a) soweit die für deren Ausführung notwendigen Mittel schon bewilligt sind, tunlichst bald in Angriff genommen, b) soweit möglich an einheimische Bewerber unter der Bedingung vergeben werden, daß sie in erster Linie die Arbeiter durch einheimische Arbeiter ausführen lassen; 2. die bestehenden Verfügungen über das Submissionswesen leitend der zuständigen Beamten streng beachtet werden, und im Bundesrat dafür einzutreten, daß bei Vergabe von Lieferungen und Arbeiten für das Reich, insbesondere auch für Meer und Marine, das württembergische Handwerk und Gewerbe tunlichst berücksichtigt wird. Die Frage des Submissionswesens wird ausgeschlossen.

Fischer (Sp.): Mit der jetzigen Diskontpolitik sei er einverstanden. Es wäre aber zu wünschen gewesen, daß sie weniger post festum gekommen wäre. Bedauerlich sei, daß die Regierung bei ihren Erhebungen sich nur an die Arbeitgeber gewendet habe. Es sei anzuerkennen, daß die Arbeitgeber sich zum Teil während der Krise human benommen haben. Andererseits sei die Einrichtung des Arbeitsnachweises der Metallindustriellen zu bebauern, der ein Pfahl in das Fleisch der gut organisierten württembergischen Arbeitsvermittlung sei. Es sei kein Zweifel, daß

große Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Arbeitslosenfürsorge bestehen. Wenn man zum Beispiel annehmen möchte, daß dieselbe zur Landflucht beitragen würde, wäre sie entschieden zu verurteilen. Doch genüge es hier, dafür zu sorgen, daß nicht die falsche Illusion erweckt werde, daß die Arbeitslosenversicherung eine ausreichende Sicherstellung der Betroffenen bedeute. Alle großen sozialen Einrichtungen seien auf dem Wege des Versuchs entstanden. Soweit die Gewerkschaften sich der Hebung der Arbeitslosigkeit annehmen, seien sie Kampforganisationen in nächster Linie und leisten dem Staat eine nützliche Aufgabe. Es sei richtig, daß die Gewerkschaften auch sonst Kampforganisationen seien, doch werde der überreizte Kampfkreis durch die größeren sozialen Aufgaben verdrängt werden. Je mehr Gemeinden sich an der Arbeitslosenversicherung beteiligen, je mehr bundesstaatliche Mittel dafür aufgewendet werden, desto eher werde man zu einer reichsgesetzlichen Regelung kommen. Von seiner Fraktion werde ein größerer Teil dem Zentrumsantrag zustimmen und es wäre zu wünschen, daß auch der sozialdemokratische Antrag in diesem Antrag aufgehe, um eine Verzögerung zu vermeiden.

Abg. Dr. K. d. (N.) Daß eine allgemeine Arbeitslosigkeit als Massenereignis besteht, ist sicher. Ich sehe davon ab, über die Folgen der Arbeitslosigkeit zu sprechen. Der jetzige Zeitpunkt ist für eine objektive Beurteilung der Frage der Arbeitslosenversicherung nicht der günstigste. Ueber die Versuche der Einführung der Arbeitslosenversicherung besteht im Lande draußen noch vielfach Unklarheit. Die Frage sollte trotz vieler Schwierigkeiten nicht schwer zu bejahen sein, ob es überhaupt grundsätzlich gerechtfertigt ist, öffentliche Mittel zu derartigen Zwecken aufzuwenden. Daß eine Lösung der Arbeitslosenversicherung notwendig ist, daß Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit zu ergreifen sind, ist so. Es ist nicht zu leugnen, daß auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung schon viel geschieden ist, aber das schließt nicht aus, daß wir die Arbeitsnachweise durch straflosen Ausbau verbessern. Eine nach jeder Seite hin befriedigende Organisation bezüglich eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist noch nicht gefunden worden. Auch gegen das Genter System werden noch Bedenken erhoben. Durch dieses System kann nur ein Zehntel der Arbeiter versorgt werden. Mit dem Genter System beschreitet man den Weg des Koalitionszwanges. Staat und Gemeinde dürfen im wirtschaftlichen Kampf den Boden der Neutralität nicht verlassen. Ohne die Gewerkschaften werden wir nichts Fruchtbares schaffen können. Wenn wir zuwarten würden, bis alle Mängel und Bedenken beseitigt sind, können wir unsere Tätigkeit einstellen. Im Interesse der Sache selbst muß ich mich aber gegen den Antrag Wuttatut aussprechen, weil er eine gesetzliche Regelung verzögert. Dem Zentrumsantrag stimmen wir zu, weil wir ihn für selbstverständlich halten.

Abg. Frhr. v. Bergler v. Berglas (W.). Im Jule sind wir alle einig, wir wollen nur verschiedene Wege gehen. Wir müssen das Uebel an der Wurzel fassen und der Arbeitslosigkeit vorbeugen, sowohl von Seiten des Staates als des Unternehmers. In den Gemeinden können die weniger dringlichen Arbeiten auf schlechte Zeiten verschoben werden. Wir haben aber bald nichts mehr zwischen Himmel und Erde, das nicht versicherungsmäßig ist. Ich bin daher gegen einen Versicherungszwang. Wir müssen vielmehr den Arbeitern Gelegenheit zur Arbeit geben. Durch die segensreiche Einrichtung der Wanderarbeitsstätten ist das Bettelwesen auf dem Lande sehr zurückgegangen. Der Sporn des Volkes wird durch die zahlreichen Versicherungen nicht gebremst. Eine kleine Sorge muß man ihm doch lassen. (Heiterkeit). Wir sind bereit, mitzuhelfen, wo es möglich ist. Die Frage der Versicherung ist, wie der Minister meinte, noch nicht sprachreif.

Am 1. Uhr wird abgebrochen. Nächste Sitzung Dienstag 4 Uhr. Tagesordnung: 1. Anfrage Eisele betr. Wassertrags, 2. Antrag v. Gauß betr. namentliche Abstimmung, 3. Arbeitslosenversicherung, 4. Körperschaftspensiongesetz.

Der politische Charakter des Arbeiterturnerbundes.

In der Frage, ob der Arbeiterturnerbund politischer Charakter trage, hat neuerdings das preuß. Oberverwaltungsgericht ein für das ganze Reich wichtiges Urteil gefällt, indem es den Arbeiterturnerbund und seine sämtlichen Einzelorganisationen für politisch erklärt. Die Tendenz des Bundes, die sämtlichen Arbeiter, soweit sie überhaupt als Turner in Betracht kommen, in dem Bunde zu vereinigen, um in den Turnvereinen im Sinne der sozdem. Partei auf das politische Denken und Handeln der Arbeiterschaft einzuwirken zu können, habe bis in die neueste Zeit unverändert fortbestanden. Nach eingehender Begehung dieser Angelegenheit wird folgendes Gutachten als Zusammenfassung abgegeben: Aus Grund des dem Gericht vorliegenden Materials sei bestimmt, daß der Arbeiterturnerbund sich nicht darauf beschränke, die Sache des Turnens und der rationellen Körperpflege in der Arbeiterschaft als Selbstzweck zu fördern und zu pflegen, sondern daß er diese Bestrebungen als Mittel für den Hauptzweck habe, seine Angehörigen, und insbesondere die heranwachsende Jugend, unter möglichster Ausschaltung jedes anderen Einflusses mit den Lehren und Idealen der sozdem. Partei zu erfüllen und der letzteren damit den Nachwuchs und Rückhalt zu sichern. Aus dem Gebiet der sozdem. Arbeiterbewegung ist der Arbeiterturnerbund ebenso wie die Zentralföderation für die arbeitende Jugend eine derjenigen Einrichtungen und Organisationen, die als Werkzeug und Waffe der sozialdem. Partei dazu bestimmt seien, ihre im politischen Kampfe zu dienen. Durch den Arbeiterturnerbund und die in ihm zusammengeschlossenen Arbeiterturnvereine soll die Partei gestärkt und gestützt werden; vermittels ihrer soll das Schwergewicht der Partei vermehrt und ihr Einfluß auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse gehoben werden. Hiermit sei festzustellen, daß der Arbeiterturnerbund als ein politischer Verein im Sinne des § 3 des Reichsvereinsgesetzes anzusehen sei, daselbst gelte auch von allen Einzelvereinen, die in ihm zusammengeschlossen seien. Denn bei Vereinen, die einer größeren Organisation als Mitglieder angehörten, sei nicht erst die Tätigkeit des einzelnen Vereins, sondern der Charakter der großen Organisation als solcher ausschlaggebend.

Verheirateter, 1. Dez. Der Ende der Vor Jahre stehende, verheiratete Wilhelm Sausfeld war nach dem Besuch von Konvaleszenzversammlungen in religiöse Bahngesellschaften verfallen und mußte ins Krankenhaus geschickt werden. Als ihn sein Vater wieder heimholte, stand der Sohn nachts auf, ergriß eine Saue und schlug auf seine Mutter ein, worauf er dem Vater Messerliche verriet. Beide sind lebensgefährlich verletzt. Der Kranke wurde alsbald wieder in sicheren Gewahrsam genommen.

Wilhelm Sausfeld, der gestern Nacht seine Eltern in einem neuen Anfall von religiösem Wahnsinn schmerzte, war in dieser Nacht, die er im hiesigen Kranken-

hause zubrachte, ziemlich ruhig und wurde heute vormittag in der Heilanstalt nach Weinsberg verbracht. Seine Mutter, die er mit der Hade schwer vermundete, liegt gleichfalls im Krankenhaus. Ihr Befinden verschlechtert heute etwas besser, doch konnte noch nicht ersehen werden, ob sie mit dem Leben davontommt. Der Vater, der einige Messerverletzungen davontrug, befindet sich in seiner eigenen Wohnung und schwebt außer Gefahr.

Gmünd, 7. Febr. Die bürgerlichen Kollegien sind der Forderung der Stadtverordneten der größeren und mittleren Städte an die Landräthe, die sich gegen die gesetzliche Regelung des Submissionswesens richtet, nicht beigetreten, nachdem von verschiedenen interessierten Kollegialmitgliedern erklärt worden war, daß die Klagen des Handwerks nicht verstummen, solange das Submissionswesen nicht gesetzlich geregelt ist. Der Passus, daß unter 7 Proz. nicht abgeboten werden dürfe, wolle das unsinnige Abbieten unterbinden.

Nah und Fern.

Großfeuer.

In der Nacht zum Sonntag ist in Ludwigsburg das Ziegelwerk II der Aktienzettelwerke Ludwigsburg durch Großfeuer vollständig zerstört worden.

Inm Mord in San Remo.

Der Untersuchungsrichter hat am 2. Febr. die Akten gegen den Hochkapler Albert Wolf aus Tamm in Württemberg (neuerdings wird übrigens bestritten, daß Wolf in Tamm geboren sei) alias Berg- und Mineningenieur Harry Longjumeau aus Santa Rosa in Kalifornien und gegen seine Begleiterin aus Stuttgart mit der schweren Anklage auf gemeinjam geplanten und ausgeführten Mord eröffnet. Der Verbrecher mit seiner abenteuerlichen Vergangenheit wollte durch seine Geliebte, die sich von einem reichen Kaufmann Sigall aus Leipzig den Hof machen ließ, dessen Verheimlichung herausgebracht haben, daß Sigall nach erfolgreichem Betrug an den Spieltischen von Monte Carlo die Summe von 80 000 Franken in Bankbillets in seiner Brieftasche trage. Das verbrecherische Paar überredete nun den vermöglichen reichen Leipziger Kaufmann zu einem gemeinsamen Ausflug im Automobil. Dabei ermordete Wolf den neben seiner Frau im vorderen Abteil sitzenden Sigall durch einen Schuß aus seiner Browningpistole zwischen die Schulter, raubte dem sterbenden Sigall das Portefeuille und flüchtete landeinwärts. Der Chauffeur jagte dem Flüchtenden nach, weil er für seine Bezahlung von 70 Franken für die Spazierfahrt fürchtete, während die Koffer tiefe Ohnmacht heuchelte. Das Verbrechen schlug jedoch fehl, da der Verlorene nur 75 Lire bei sich trug.

Wolf ist überführt, die Brieftasche seines Opfers für seine eigene ausgegeben zu haben; er hatte nicht bedacht, daß darin ein Brief von Sigalls Bruder und sieben auf Sigall lautende Visitenkarten steckten. Sein blutiges Ende verschuldete der landesunkundige Sigall selbst durch seine überhöfliche Ausschweiderei von 80 000-Franken-Gewinn in Monaco. Entweder war er gar nicht in Monte Carlo gewesen, oder aber er hat dort im Spiel verloren, denn seine Koffer enthielten nur bescheidene Mittel. Der englische Konsul in Vordighera erklärt, daß die angeblichen *Heiratspapiere* des Paares von einem unbekanntem Übermann in London nicht in Ordnung seien. Ein bedeutender, telegraphisch an Wolffs Geliebte eingehender Geldbetrag wurde vom Untersuchungsrichter mit Beschlagnahme belegt. Das italienische Strafgesetzbuch bestraft Raubmord mit lebenslanglichem Zuchthaus, verschärft durch Einzelhaft während der ersten sieben Jahre.

Explosionsunglück.

Samstag Nachmittag kurz vor Geschäftschluß um 1/2 4 Uhr wurde in der Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik in der Sachstraße in Stuttgart zwei etwa 16jährige junge Leute namens Kübler und Haller zum Benzinholen geschickt, das in einem Schuppen im Hof lagerte. Kübler setzte sich auf das Faß, um Benzin herauszupumpen. Haller füllte inzwischen sein Taschenfeuerzeug mit Benzin. Dieses Feuerzeug entzündete sich plötzlich; und es erfolgte alsbald eine Explosion. Beide jungen Leute waren von einem Flammenmeer umgeben. Haller gelangte schnell ins Freie und kam mit leichteren Verletzungen davon. Kübler aber erlitt 3 schwere Brandwunden, daß er ins Karl Olga-Krankenhaus geschafft werden mußte, wo er noch am Abend verschied.

Modelunglück.

Auf der Modelbahn am Winterberg in Wimpfen wurde eine verheiratete Dame während desfahrens von einem anderen Schlitten angefahren und dabei so schwer verletzt, daß sie in die Frauenklinik von Dr. Gutbrod nach Heilbronn übergeführt werden mußte, wo eine Operation an ihr vorgenommen werden mußte.

Frühlingsvorte.

In Spaißbühl O. A. Crailsheim ist der Storch als Quartiermacher erschienen. Das Klima war ihm freilich noch zu frisch und er ist nach kurzer Umkehr wieder gen Süden gezogen. Aber den Frühling hat er der freudigen Jugend doch angekündigt.

Ein schwerer Tag.

Ueber einen in Unterböbingen O. A. Gmünd erfolgten Selbstmord schreibt die „Reinzeitung“ u. a.: Am Morgen des Todesstages kam die 17jährige Tochter an das Bett ihrer Mutter und fragte sie: „Ist der Vater da? Wir ist, als hätte mich jemand gequält.“ Da der Vater nicht da war, suchte die Frau nach ihm und fand ihn erhängt auf der Bühne. Sie machte ihn los und eilte auf die Straße, um Nachbarn zu Hilfe herbeizurufen. Zwei Männer trugen den Toten in die Schlafkammer und legten ihn auf den Boden. Plötzlich trachte es, und der ganze Boden brach durch. Draußen aber im Stall, der unmittelbar unter der Schlafkammer sich befindet, bei den Tieren, lag der Tote und die beiden Träger, sein Weib und zwei Kinder; Bettladen und Kästen waren nachgestürzt und ein Wunder war es, daß von den Menschen niemand Schaden genommen hat. Die Tiere wurden zum Teil verletzt, aber nicht erheblich.

Gadvergiftung.

In Rottensburg brach infolge eines Rohrbruches in die Partierwohnung der Witwe Pfisterer und ihres Sohnes Heinrich Gas ein. Ein anderer Sohn wurde darauf aufmerksam und fand Mutter und Bruder bewußlos. Mit dem Sauerstoffapparat wurden Wiederbelebungsversuche angestellt, die bei dem Sohne sofort, bei der Mutter erst nach langer Bemühungen wirkten. Beide sind nunmehr außer Lebensgefahr.

Eindurchdiebstahl.

In Oberndorf wurde Freitag nacht im Konsumladen II ein Tal ein schwerer Eindurchdiebstahl verübt. Der ober die Diebe spürten einen eisernen Kolladen, schritten die Glascheibe aus dem Rahmen und drangen in den Laden ein, wo sie aus der Kontrollkasse den ganzen Betrag von 820 M. in bar, das unkontrollierliche Weise über Nacht in der Kasse gelassen worden war, raubten. Von den Dieben man

nach keine Spur, die eventuell ein von Rottweil requirierter Polizeihund finden soll.

Eine verkaufte Freude.

Ein nettes Stück ereignete sich im badischen Orte B. Als die Eheleute H. dort morgens aufstanden, war die zum Trocknen hinter's Haus gehängte schöne Wäsche verschwunden. Sie telephonierten sofort der Polizei in Forzheim um Polizeihunde. Kaum waren diese da, so klärte sich der Diebstahl auf. Die nebenan wohnende Tochter hatte, spät nachts von einer Verjammung heimkehrend, die Wäsche abgehängt und gebügelt, um ihren Eltern eine Freude zu machen. Leider eine sehr ziemlich teure Freude!

Wirtsvorstellungen eines französischen Offiziers.

Im Pariser Winterzirkus hielt vor einem geladenen Publikum der französische Leutnant Brulet in Uniform, ohne die Erlaubnis seiner Vorgesetzten eingeholt zu haben, einen Vortrag über die Rettung Ertrinkender. Brulet sprang zur Illustrierung seines Vortrags in ein mit Wasser gefülltes Bassin in der Manege, um seine Geschicklichkeit zuerst an einer Puppe und dann an einem kriegsmäßig ausgerüsteten, lebendigen Unteroffizier zu erproben. Wegen der Wahl dieses für die Offiziersuniform ungeeigneten Ortes und wegen Mißbrauchs der Uniform wird der Leutnant zur Verantwortung gezogen werden.

Kleine Nachrichten.

In Cannstatt wurde in der Bahnhofstraße ein 40 Jahre alter, verheirateter Sattler von einem 36 Jahre alten, verheirateten Eisendreher durch einen Messerstich in den Unterleib lebensgefährlich verletzt. Der Täter ging flüchtig. Am Samstag nachmittag 4 Uhr fuhr in Cannstatt zwei Kinder mit einem Handleiterswagen, auf dem ein 9 Jahre altes Mädchen stand, rasch von der Schillerstraße in die Olgastraße herein, wodurch das Mädchen vom Wagen herunter und vor das rechte Borrad eines aus der gleichen Fahrtrichtung kommenden Zweispännerfuhrwerks geschleudert und von diesem überfahren wurde. Der Tod trat alsbald ein.

In Ellwangen ist der 18 Jahre alte Siegfried Siegle, ein Sohn des Hartmeisters Siegle in Hohenberg, in der Jagd durch das Eis gedrohen und ertrunken. Nach mehrstündigen Bemühungen konnte die Leiche einige Meter von der Einbruchsstelle entfernt geborgen werden.

Gerichtssaal.

8000 Mark Vertragsstrafe für einen übergegangenen Kunden.

Einen eigenartigen Interessenkonflikt haben einige Beaurteilen in Weisklingen miteinander abgeschlossen. Danach unterwarf sich jeder Brauer für die Abpensigmachung von Kunden einer Vertragsstrafe von 5 Mark pro Hektoliter Bier, das der abpensig gemachte Kunde von der anderen Brauerei bezog. Bei freiem Uebertreten von Kunden soll aber der Brauer, der den Kunden übertrimmt, auch eine Entschädigung von 5 M für das Hektoliter an den Brauer bezahlen, der den Kunden verloren hat. Diese Entschädigung ist nach § 4 auf die Dauer von drei Jahren zu zahlen. Ein Interessent hat nun gegen einen Brauereibesitzer mit der Behauptung Klage erhoben, daß er ihm einen Kunden abgenommen habe. Er fordert deshalb von ihm als Vergütung 8000 M. Der Beklagte bestreitet, daß er den Kunden abpensig gemacht habe, da dieser von selbst zu ihm übergegangen sei, weil ihm das Bier des Klägers nicht mehr gefallen habe. Da er am Hektoliter nur 1.50 M verdiene, stelle die zu zahlende Entschädigung von 5 M für das Hektoliter eine Unbilligkeit dar. Das Landgericht Ulm und das Oberlandesgericht Stuttgart haben jedoch nach dem Antrage der Klage erkannt und den Beklagten verurteilt. Das Oberlandesgericht führt zur Begründung aus, daß die Parteien ein vertragliches Abkommen getroffen haben, das an sich zulässig ist und in keiner Weise gegen die guten Sitten verstößt. Diese vertragliche Vereinbarung sei deshalb für die Beurteilung der Rechtsfrage maßgebend. Da der Beklagte in jedem Fall verpflichtet ist, eine Entschädigung von 5 M für den Hektoliter zu zahlen, so komme es darauf überhaupt nicht an, ob der Beklagte den Kunden schuldhaft oder aus torrektem Wege erworben hat. Nach der unabweidenden vertraglichen Vereinbarung aber sollte für jedes Hektoliter im Verkauf eingebühten Bieres eine Vergütung von 5 M gezahlt werden. Der Beklagte muß sich deshalb auf Grund seines Vertrages dieser an sich scharfen Vertragsbestimmung unterwerfen. Die vom Beklagten gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart beim Reichsgericht eingelegte Revision ist erfolglos geblieben und vom 3. Zivilsenat des höchsten Gerichtshofes zurückgewiesen worden.

Stuttgart, 6. Febr. Eine 8 Jahre zurückliegende Brandstiftung beschäftigt heute das Schwurgericht. In der Nacht vom 29. auf 30. Januar 1906 brannte in Hemmingen eine Scheuer mit samt den Borräten nieder und bezifferte sich der Schaden auf 2600 M. Einer der Miteigentümer, der Schneidermeister Waisenknecht, geriet in den Verdacht, den Brand gelegt zu haben; er wurde jedoch wieder freigelassen, nachdem er 10 Tage in Untersuchungshaft gesessen hatte. Im September v. J. erhielt nun Waisenknecht einen Brief von dem damals bei ihm beschäftigt gewesenem Schneidergesellen Georg Blant, worin dieser das Bekenntnis ablegte, daß er die Scheuer angezündet habe, und zwar aus Rache darüber, weil ihm Waisenknecht ein Loch in seine Juppe gebrannt habe. Blant war der Meinung, daß inzwischen Verjährung der Brandstiftung eingetreten sei und er deshalb nicht mehr bestraft werden könne. Dies war nicht der Fall, es wurde vielmehr gegen ihn Anklage wegen Brandstiftung erhoben. In der Verhandlung zeigte er ein gutes Erinnerungsbemögen. Er brachte vor, daß er in die Strohhallen nur ein Loch habe brennen wollen, weil ihm Waisenknecht ein Loch in seine Juppe gebrannt habe. Der schwerhörige Angeklagte ist wegen aus Nachsicht begangener Sachbeschädigungen schon öfters bestraft worden. In einigen Fällen wurde das Verfahren eingestellt, da Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit bestanden. Das Gutachten ging damals dahin, daß Blant an epileptischer Degeneration und an Geisteschwäche leide und die Unterbringung in eine Irrenanstalt das Beste wäre. Obermedizinalrat Dr. Köstlin sprach sich in der Verhandlung dahin aus, daß die Geisteschwäche keine so hochgradige sei, daß die freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Sanktionsrat Dr. Fawser ist der Ansicht, daß der Angeklagte in die Irrenanstalt gehöre und nicht in die Strafanstalt. Die Geschworenen sprachen Blant der Brandstiftung schuldig unter Zuhilfenahme mildernder Umstände. Das Urteil lautete sodann auf 10 Monate Gefängnis, wozu 2 Monate 15 Tage Untersuchungshaft abgeben. Bei der Strafbesetzung wurde beauftragt, daß der Angeklagte auf der Grenze der Zurechnungsfähigkeit steht und daß er ein Bekenntnis abgelegt hat.

Sozial.

Wildbad, den 10. Februar.

Schützenverein Kränzchen. Am vergangenen Samstag hielt der hiesige Schützenverein im „Nählen Brunnen“ sein Kränzchen ab. Die Mitglieder mit ihren Angehörigen fanden sich zahlreich ein — auch eine Abordnung des Neuenbürger Schützenvereins war erschienen — und bald entwickelte sich eine fröhliche Stimmung. Herr Oberschützenmeister Kiefer begrüßte in launigen Worten die Erschienenen. In bunter Reihe wechselten dann die verschiedenen vorgesehenen Unterhaltungsnummern des Programms ab. Schützenlieder erklangen durch die Räume, außerdem 2 Tenorsoli des Herrn Dentisten Fritz Seitz und ein Sopransoli von Frl. Thella Schmid, mit denen sich Sängerin und Sänger wohlverdienten Beifall erwarben. Den Höhepunkt des Abends bildete aber unstreitig die Aufführung der Operette „Guten Morgen, Herr Fischer“, eines sehr hübschen, aber auch schwierigen Singspiels. Und was dabei die Damen Frl. Th. Schmid, Clara Großmann und Emma Kloss, sowie die Herren Werkmeister Leibfried, Dentist Seitz und Buchhändler Paude in gesanglicher und darstellerischer Hinsicht geleistet haben, verdient volle Anerkennung, die ihnen die Anwesenden denn auch in reichem Maße zuteil werden ließen. Ein „gemischter“, improvisierter Sängerkhor brachte dann noch den etwas langatmigen, aber musikalischer Schönheiten nicht entbehrenden J. Strauß'schen Walzer „Geschichten aus dem Wiener Wald“ unter Direktion des Herrn Wörner zum Vortrag, bei dem die Damen Frau Emma Treiber und Frl. Marie Treiber auf dem Klavier trefflich sekundierten. Losverkauf und Gewinnverteilung brachten ferner die bekannten angenehmen und unangenehmen Ueberraschungen, und dann rüstete man sich zu dem von der Jugend namentlich sehr eifrig erwarteten Tanzergnügen, dem bis in die frühen Morgenstunden weidlich gehuldigt wurde. Herr E. Geisele, der umsichtige Gastgeber, machte es sich

wieder in anerkannter Weise zur Aufgabe, seine Gäste mit Speise und Trank möglichst gut zu versehen, ein Umstand, der wesentlich zum gemächlichen Verlauf des Abends beitrug. Wir sind überzeugt, daß jeder Teilnehmer mit Befriedigung und Freude an das Schützenkränzchen 1914 zurückdenken wird.

Unglücksfall. Am Sonntag nachmittag stürzten zwei Pforzheimer Herren beim Rodeln beim Nehmen der Kurve den ziemlich hohen Abhang hinunter. Beide Herren mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.

Letzte Nachrichten.

Lauburg, 10. Februar. Im Lauburger Bankprozeß wurde gestern das Urteil verkündet. Die Angeklagten wurden zu Gefängnis von 2 Monaten bis 4 1/2 Jahren verurteilt. Der Prozeß hat 7 Tage gedauert.

Stockholm, 9. Febr. Die Aktion eines Berliner Blattes von einer Erkrankung des Königs Gustav von Schweden auf Schloß Drottningholm ist unrichtig.

Budapest, 10. Febr. Generaldirektor Balla u. Direktor Strom sind hier eingetroffen, um wegen des Auswandererverkehrs mit den maßgebenden Stellen zu verhandeln.

Prag, 10. Febr. Wie aus Bodenbach gemeldet wird, hat doch der Vermittler für Druckereigehilfen Railig aus Berlin, der von einem streikenden Maschinenmeister namens Söllinger zur Abreise aufgefordert und bedroht wurde, diesen mit einem Revolver niedergeschossen. Railig wurde verhaftet, Söllinger ist gestorben.

Lima, 10. Febr. Die Ordnung ist vollständig wiederhergestellt. Ein Erlaß der Kammer wird die Wähler zur Wahl eines Präsidenten zusammenrufen. Die beiden Kandidaten sind: Auguste Durand und Havire Prado Ugarteche.

St. Diego (Kalifornien), 10. Febr. Leutnant Post von der Militärflieger-Abteilung ist mit seinem Flugzeug tödlich verunglückt. Er stürzte aus einer Höhe von 500

Fuß aus dem Apparat, während er über dem Meere dahinflog. Nach Berichten der Augenzeugen explodierte die Maschine und schleuderte den Flieger hinaus.

Bukarest, 10. Febr. Der serbische Ministerpräsident Pašitch ist gestern Vormittag hier eingetroffen.



Schlaflosigkeit. Gesunder Schlaf ist das beste Mittel um den Körper dauernd frisch und leistungsfähig zu erhalten. Schlaflosigkeit ist der Beginn des Verfalls. Häufig jedoch man durch künstliche Mittel den Schlaf zu erzwingen. Das gelingt aber nur einige Male, denn sobald sich der Körper an diese Mittel gewöhnt hat, versagen sie. Ursache der Schlaflosigkeit sind gewöhnlich überreizte Nerven oder organische Herztätigkeit. Sie werden in erster Linie durch nerven-erregende und auf das Herz wirkende Genussmittel erzeugt. Diese sind in der Mehrzahl der Fälle die eigentliche Ursache der Schlaflosigkeit. Sie sind um so gefährlicher, weil sie durch ein vorübergehendes Wohlbehagen täuschen. Ein plötzliche gewaltsame Entwöhnung ist nicht ratsam und führt auch nicht den gewünschten Erfolg haben. Viel sicherer wirkt ein langsamer Uebergang zu unschädlichen und wohl-schmeckenden Schlafmitteln, unter denen wohl Kalifornien-Malzkaffee die besten Dienste tut. Er kann allen, die an Schlaflosigkeit leiden, aufs wärmste empfohlen werden.

Stadt Wildbad.
Vergebung von Tapezier-Arbeiten
im öffentl. Absteich
am **Mittwoch, den 11. Februar, vorm. 11 Uhr,**
im Sitzungssaal des Rathhauses.
Im neuen Schulhause sollen in sämtlichen Klassenräumen Vorhänge angebracht werden. Es sind vorgesehen 56 Paare zu 8,75 — 490.00 Mark. Vorschlag, Bedingungen und Muster sind an unterzeichneter Stelle zur Einsichtnahme aufgelegt.
Zur Verhandlung kann jeder Bieter sein Angebot selbst mit Mustern belegen, auf Grund welcher er die Lieferung übernehmen würde.
Die Auswahl bleibt sich vorbehalten.
Stadtbauamt Wildbad.
Munt.

Heute trifft für mich eine große Partie der neuesten zusammenklappbaren
Kindersportwagen
aus der ältesten und größten Kinderwagenfabrik
E. A. Maether, Zeitz (Sa.)
ein und bitte erdl. um Beschäftigung. **Kein Kaufzwang.**
Hochachtend
Robert Treiber,
vorm. Daniel Treiber.

Zum Aufrichten u. Auspolieren von Möbeln aller Art
in und außer dem Hause bei reeller Bedienung und billigen Preisen empfiehlt sich
Chr. Weimert, Schreinermeister.

Erstes und ältestes Schuhwaren-Lager
in Wildbad.
Empfehle
Baby-Schuhe, Gummischuhe in jeder Größe Hausschuhe, Kamelhaarpantoffel und Umschlagschuhe
Ferner
sämtliche Herren-, Damen- und Kinder-Schuhe und Stiefel
in allen Lederarten
Jägerpantoffel, Beheizwärmer, Einlegeohren.
Hochachtungsvoll
Christian Bott Wwe.
Hauptstraße 89.

Im Beiführen von Holz
sowie zu sonstigen
Zuhrarbeiten
empfiehlt sich
Carl Maier, Villa Grossmann.
Telefon Nr. 34.

Teppiche
zum Auslegen ganzer Zimmer in ganz hervorragenden besten deutschen Fabrikaten und tonangebenden Neuheiten in
Tapestry, Mottled, Velvet, Tournay, Brüssel, Haargarnete.
Läuferstoffe
in Jute, Wolle, Velvet, Haargarn, Cocos etc. in allen Breiten
Ueber 300 Muster ständig am Lager
Abgepaßte Zimmer-Teppiche
in allen Preislagen
Bett- und Waschtischvorlagen
Linoleum
der
„Anker“-Marke Delmenhorst
Germania-Werke Bietigheim
Ph. Bosch, Wildbad.

la. Ulmer Suppen-Flädchen
per Paket 25 Pfg. (für 6—7 Teller reichend)
Robert Treiber.

Kohlen, Koks und Brifetts,
in nur besten Qualitäten, alle Sorten und Quantitäten bei reeller Bedienung zu den billigsten Tagespreisen empfiehlt
Fr Krauss,
Schlossermeister (Wildbad.)

Gelegenheitskauf.
Wegen Veränderung eines Teiles meines Ladens und Platzmangels verkaufe folgende Waren billigt:
Eine Partie schwarze, weiße u. farbige Hauschürzen (Träger- und Leibschürzen) mit **20—25 Proz. Rabatt.**
Normalhemden mit und ohne Reagen, per Stück **2.00 Mark.**
Farbige Frauenhemden und -Hosen, Anstands-röcke, Kinderschürzen in verschiedenen Größen.
Eine Partie Watte zu 12 und 15 Pfennig das Blatt.
Zocken von 50 Pfg. an. **Verschiedene Cleuwaren, Reste für Binsen und Kleider** von **35 Pfg.** an per Meter und noch verschiedene kleine Artikel.
Schwarze und farbige Gummigürtel per Stück **1 Mark.**
Arbeitsblusen für Mädchen, Größe 42—44, St. **1.50 Mk.**
Um zahlreichen Besuch bittet
Fritz Vols, König-Karl-Straße.

Wildbad, den 10. Februar 1914.
Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, welche wir während der langen Krankheit und nach dem Hinscheiden unserer lieben, treubeforgenen Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante
Friederike Gaus,
geb. Gutsbusch,
in so reichem Maße erfahren durften, für die liebe- und aufopferungsvolle Pflege der Kranken-schwester, für die vielen Blumenspenden, die ehrenvolle Begleitung zur letzten Ruhestätte, den erhebenden Selbsten des Co. Arbeiter-Vereins und den Herren Trägern sagen herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen
Geschwister Gaus.

Coffeinfreien Kaffee
führt stets frisch am Lager
Robert Treiber.
NB. Durch günstige Abschlässe und großen Absatz ist ich in der Lage, meiner werthen Kundschaft stets gute, wohl-schmeckende, frisch gebrannte Kaffees von 1.50 bis 2.— Mk. zu bieten und bitte ich um einen Versuch. D. O.

Kostümröcke
in großer Auswahl
von **Mt. 3.50 bis Mt. 36.—**
empfiehlt
H. Schanz,
Telefon 130.

Neuheiten
in Stoffen für
Herrenanzüge
sowie sehr starke
Halbtuche
soeben eingetroffen u. empfiehlt
solche billigt
Rob. Riexinger.

Dr. Bufler's Blutreinigungstee
Vortrefflicher Frühlingstee für Jung und Alt! Von durch-greifender blutreinigender Wirkung. Als milder natürlicher Abführer beliebt und hochge-schätzt a. Paket 30 u. 10 Pfg.
Bei **Hans Grundners** Apth., Drogerie, Hauptstr. 86.

Evang. Kirchenchor, Wildbad.
Heute abend 8 Uhr
Singstunde.

Lüchtiges Mädchen
für Küche und Haushalt fort gesucht.
Wiener Bäckerei, Fr. Wald.

Ein älteres
Mädchen
sucht Stelle als Bedienerin in Küche oder Zimmer
15. April oder 1. Mai.
Zu erfragen in der G.

Stellungs-Gesuch.
Junges Mädchen Alter von 18 Jahren sucht Stellung als Zimmermädchen oder für Hausarbeiten.
Zu erfragen in der G.

Freibank.
Bon morgen früh 8 Uhr ab ist gut
Halbfleisch,
zu haben, das Pfund zu 65.

Menthol Karrol
Katarrhonbons ist und bleibt das Beste gegen
Schnupfen, Husten
u. Heiserkeit, in Packung a 20 Pfg. bei
E. Hammer, Choceol.-H.